

Saale-Zeitung.

Bezugspreis... Nr. 101. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 1. März 1902.

Anzeigen... (Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Politische Wochenchau.

Eine an Gefährlichkeit reiche Woche neigt sich ihrem Ende zu, eine Woche, die dem Politiker nach mancher Richtung fruchtbareren Stoff zu Betrachtungen geboten hat...

Er dürfte also mancherlei zu erzählen wissen, wenn er zum dem Willen wieder zurückgekehrt sein wird. Vielleicht nimmt dann Hr. v. Hammerstein, der gegenwärtige preussische Minister des Innern, Veranlassung, sich von ihm ein Privatgespräch zu lassen über den Umgang mit dem Volk...

Schon jetzt wird die Regierung zu zeigen haben, was in dieser Beziehung von ihr zu erwarten ist. Erst der scharfen und bestimmten Fixierung ihres Standpunktes in der Zolltarifffrage hat die bisherig unklare Mehrheit der Reichstagskommission Getreidebeside in einer Höhe beschließen...

Abtischen letztes Ziel sollte sich Graf Bülow wohl vor Augen halten, wenn er seine Entscheidung trifft, und er sollte sich dabei auch seinen Augenblick überlegen, daß er eine schwere Verantwortung auf sich ladet...

Deutsches Reich.

Der Kaiser bewilligte gestern vormittag längere Zeit beim Reichskanzler. Wie gemeldet wird, hat S. M. der Kaiser bestimmt, daß der Inspektor des Bildungsamtes der Marine, Viceadmiral v. Arnim, mit einem Offizier seines Stabes als Vertreter des Kaiser am 1. März durch den König von England stattfindenden Grand d'Angleterre der Marine...

Prinz Heinrich in Amerika.

Die amerikanische Presse ist jetzt mit ihrem Urtheile über den Prinzen Heinrich im Reinen. Sämtliche Blätter haben übereinstimmend die in letzter Zeit in der Presse über den Prinzen herbeigekommenen Nachrichten über die Besuche des Prinzen in New York, sowie später bei dem Festschmaus zum Vereinsgebäude des Atlantik gezeigt haben. Die Begeisterung der Teilnehmer am Feste ist unbeschreiblich gewesen. Der Prinz habe sich immerfort dankend beneigt und sei vorn an die Brust des Ballons getreten, damit ihn jedermann sehen konnte.

treten, die Telegrammstationen waren vom Sturm umgeworfen. Die turmeingefallene Chesapeake Bay bot vom Zuge aus ein landschaftsbild von mittler Schönheit. Sofort nach der Ankunft des Prinzen in Annapolis, die mit einem Salvo von 21 Schüssen begrüßt wurde, empfing er den Direktor und die Offiziere der Akademie, die sich ihm in voller Gala vorstellten.

Nachmittags war der Prinz wieder in Washington und stiftete dem Präsidenten den Roosevelt einen Besuch ab, mit dem er später auch einen Spaziergang unternahm. Abends nahm der Präsident als Gast des Prinzen an einem Abendessen in der deutschen Botschaft theil. Nach dem Abend trugen die deutschen Gesandten in der Botschaft wieder vor.

Der Bürgermeister von Chicago erließ eine Bekanntmachung, worin er für Montag den Beginn des Prinzenbesuchs angekündigt und die Einwohnerlichkeit aufgefordert, die Willkommensfeier durch Festsitzung der freundschaftlich vereinigten Gassen Deutschlands und der Vereinigten Staaten zu fördern.

London, 28. Febr. (Loffan-Meldung.) Dem Daily Express wird aus Ottawa berichtet, Prinz Heinrich werde am 5. März Kanada besuchen, sich in der englischen Kolonie im ganzen aber nur 2 1/2 Stunden aufhalten.

Der Prinz wird am 28. Febr. nach der Abreise des Prinzen Heinrich in den Botschaft des Reiches der Nacht „Hohenollern“ mit dem Prinzen, die vom deutschen Generalkonsul ausgerichtet sind, gefeiert. Der Anbruch ist ein genossenschaftlicher, es sind bereits 5000 Karten ausgegeben, mehr als 1000 Besucher werden aber täglich nicht zugelassen.

Washington, 28. Febr. Prinz Heinrich empfing hier einige Mitglieder des Reiches, die zu seinem Anbruch in New York sein. Der Prinz wird über seiner Reise überreicht. Als der Prinz im Begriff war, sich nach dem Capitol zu begeben, drängte sich ein junger Deutscher, Heinrich Wiltberger mit Namen, durch die ganze Umgebung bis zur Treppe der Botschaft, um sich dem Prinzen als ehemaliger Matrose auf der „Grene“ vorzustellen. Der Prinz erkannte den Mann sofort und freute sich sehr.

Aus der Zolltariff-Kommission.

Auch die getriggerte Sitzung zeigt, daß die Agrarier sich in ihrem Vorgehen durch nichts hindern lassen. Die Abg. Camp, Herold und Graf Schwerin-Brosch stellen einen Antrag nach dem anderen, um für jede einzelne Position höhere Sätze in Vorschlag zu bringen. Die Agrarier haben die Herren zunächst kein Wort aus ihrer Forderung überreicht. Obwohl bereits die Vorlage eine Reduzierung des betreffenden Zolls von 2 auf 4 v. M. enthält, gingen sie darüber noch hinaus und schlugen 5 v. M. vor. Alle Vorstellungen gerathen auch auf diesen landwirtschaftlichen Kreisen, die sich entgegen der Erwartung der Futtermittelverarbeiter, verhalten nichts, mit 14 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag angenommen. Den Stempel der agrarischen Zollpolitik besitzt der Abg. Hr. v. Wangenheim. Schon der bisherige Zolltariff enthält eine Position. Andere nicht besonders genannte Warenarten und belegt die mit einem Zoll von 1 v. M. Wie nun die Statistik ergibt, ist unter diese Position im letzten Jahre eine Einfuhr von 9 Doppelcentnern im Werthe von 150 M. eingegangen. Es ist schon ersichtlich, daß die Regierungsvorlage für die Artikel eine Erhöhung um 50 v. M. vorschlägt. In der Abg. v. Wangenheim der Beibehaltung der neun Doppelcentner Mannaerbsen - solche fällt allein unter diese Position - solchen Sätzen eingeführt, daß er zur Steuerung der Zoll der deutschen Landwirtschaft die Erhöhung des Zolls auf 5 v. M. vorschlag, und den Antrag förmlich gebildet den Mitgliedern der Kommission vorlegte. Offenbar war er aber, so schreibt die „Voll. Ztg.“, vom klüglichen Zenten über die Stund

seiner Vorzeichen bezeugt worden und so seinen Vorfall im letzten Augenblicke jurid. Die Regierungsvorlage wurde angenommen und so werden in Zukunft die Finanzen des Deutschen Reiches um 4,50 M. aus der Mannigfaltigkeit aufgebessert werden, es sei denn, daß die Regierung diesen Betrag wieder opfert, was dadurch in den Handelsverträgen gemäß bestehende Zugeständnisse zu erkaufen. Hiernach werden die Finanzen für den nächsten Geschäftsjahr von 2,60 M. für Gehaltsausgaben und 4 M. für Wals aus anderen Betriebsarten auf 6,25 M. und 9 M. wie sie die Vorlage enthält, genügt den Herren ebenfalls nicht, sie bringen 10,50 und 11 M. in Vorschlag. Dazu soll in einer Annemerkung bestimmt werden, daß der Vorschlag durch vertrauensvolle Annahmen nicht unter den einmündlichen Betrag des Jolles der Getreideart, aus der das Wals gewonnen ist, unter Zuzurechnung von 1 M. für den Doppelzinsen herabgesetzt werden darf. In einer Mitteilung über diesen für die deutsche Bauindustrie geradezu unübertrefflichen Antrag kam es noch nicht. Da die Regierung jetzt die Arbeit der Kommission zu forcieren beabsichtigt, so wurde von ihnen beschlossen, in Zukunft schon um 9 Uhr mit den Verhandlungen zu beginnen. Dieser Beschluß zeigt ebenfalls wieder, daß die Mehrheit auf ein Zustandekommen des Werkes rechnet.

Politisches.

* Die gestern von uns gemeldete erneute vertrauliche Besprechung der Mehrheit der Zolltariffkommission hat, ihrem Vernehmen nach, zur Veranbarung geführt, die Sache des Kompromisses Herold füglich fallen zu lassen bis auf die Erhöhung des Weizenzolles auf 6 M. und des Gerstenzolles auf 4 M., wobei betreffs letzterer Erhöhung vielleicht auch noch nachgegeben werden wird, da die Verhandlungen mit Oesterreich schon ziemlich vorgeschritten zu sein scheinen, und Gerste dabei eine große Rolle spielt. Wadit die Regierung betreffs der Getreidezölle gar keine Koncessionen, dann beabsichtigen die Parteien der Rechten, einzelne Ermäßigungen der Industriezölle durchzuführen. — Diese Darstellung bedingt aufs neue unsere Voraussetzungen, daß die Kompromisse zum Nuldegen auf die Regierungsvorlage unterschieden sind, wenn sie zunächst auch noch so thun, als beabsichtigen sie auf ihren Willen, um der Regierung zu zeigen, daß sie die Macht haben.

* Die Konstitution von zweierlei Versammlungsrecht in Berlin, auf die man nach der Rede des Ministers v. Hammerstein über die Zulassung von Frauen zu der Gerichtsverhandlung des Bundes der Landwirthe gefast sein mußte, hat nicht lange auf sich warten lassen. Auf Grund der Erklärung des Ministers waren in einer sozialdemokratischen Versammlung Frauen als Zuhörerinnen auf der Tribüne erschienen. Die Polizei erzwang jedoch die Räumung der Tribünen seitens der Frauen. Es wurde beschlossen, Beschwerden beim Verfassungspräsidium zu führen.

Verfassungsrechtliche.

* In der Frage der Zuckerpatrien ist gestern in Brüssel die Entscheidung gefallen. Alle Staaten haben die Abschaffung der Ausbudsprämie und die Festlegung eines Eingangszolles von 3 Frs. vom Jahre 1903 ab angenommen, jedoch wurde der österreichische Zinspatent angenommen, daß bei sehr niedrigem Weizenkurs ein Zins, welche mit diesem Zoll keinen geminderten Schatz bilden, sich an eine einseitige internationale Kommission wenden und von ihr die Gewährung eines entsprechenden Jollesbeschlusses verlangen können. Der Antrag der deutschen Vertreter, der 6 Frs.-Zoll solle erst von 1904 an gelten, wurde abgelehnt. Frankreich, das bis zum letzten Augenblicke verwehrt hatte, durch die Beibehaltung einer indirekten Prämie von 4,80 Frs. ein Gegenrecht gegen die Zollherabsetzung zu erlangen, gab diesen Standpunkt auf, und damit war die Lage entschieden. Frankreich wird seine innere Verzehrungeinheiten von 64 auf 30 Frs. herabsetzen, um so den inneren Verbrauch haben und der Ausbuds ertragen zu können. Die Konferenz hat beschlossen, Mannahmen, welches bisher 31 Frs. Zoll hatte, gleichfalls dem 6 Frs.-Zoll zu unterwerfen.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstags beendete die Beratung des Etats von Dis- und Evidenzartikeln, nachdem mit allen gegen eine Stimme die von der Regierung geforderten 1,550,000 M. zur Weiterführung der Iltambars-Bahn von Korogwe nach Monbo und dann der Antrag Wendt, dafür 950,000 M. zu bewilligen, abgelehnt worden war.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

134. Sitzung vom 28. Februar.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt. Am Bundesratspräsidenten: Kommissar u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats des Reichseisenbahnwesens.

Abg. Dr. Vogelsang (Fr. W.): Der Etat des Reichseisenbahnwesens ist die Stelle, bei der wir uns des Artfells 4 des Verfassungsgesetzes zu erinnern. Bis jetzt ist leider weder von einer Tarifvereinfachung noch von einer Tarifherabsetzung die Rede. Dagegen acht die Rede davon, daß Tarifherabsetzungen in Aussicht stehen. In Süddeutschland hat sich im Herbst eine Konferenz der süddeutschen Eisenbahnen und mit Zuzug der Reichseisenbahnen abgehalten. Jedemfalls, wenn wir Tarifermäßigungen fordern, bekamen wir die Antwort, die Finanzen erlauben das nicht, der Verkehr ist ja auch ohne Ermäßigungen getrieben. Das einzige, was Herr Tzielen überhaupt gethan hat, ist die Schaffung der süddeutschen Eisenbahnen. Aber auch hier ist man nicht tonnenweit gegangen und hat nur einen halben Schritt gethan. Weßhalb soll denn nur der Verkehr von den billigen Preisen haben, der am 45. Tage zurückfällt, und nicht der, der am 46. fährt? Das einzig richtige wäre, die Mischfabriken überhaupt fallen zu lassen und den Kreis der einfachen Stationen entsprechend zu erweitern. Dann hätten wir eine zweckentworfene Vereinfachung. Zur Erzielung des Reichseisenbahnwesens, seine verfassungsmäßige Pflicht zu erfüllen. (Beifall.)

Abg. Stolte (Soz.), sehr schwer verständlich, führt Klage über die häufigen Unfälle auf den Eisenbahnen.

Beizand des Reichseisenbahnwesens: Es ist nicht richtig, daß die Unfälle in den letzten Jahren zugenommen haben. In haben im Gegenheil erheblich abgenommen. Durch die Gewissenshaftigkeit der deutschen Eisenbahnen ist die Betriebsicherheit bedeutend gestiegen. Auf 10 Millionen Zugkilometer fielen 1881-1885 33 Unfälle, 1896-1900 aber nur 17 1/2.

Abg. Franke (nl.) befragt über die Aufhebung der Lokomotivführer, Betriebsverkehrs- und Bahnenleiter. Der Herr Reichsminister, der die hervorragende Tat der 45jährigen Mischfabriken gemacht hat, ist einigermaßen beirrt durch die plötzliche Einführung der 1. W.-Gebühr für Betriebskraft nicht gebrauchter Mischfabriken. Am besten wäre es, wenn man die Mischfabriken überhaupt aufhebe, es inwiefern aber für jetzt Mischfabriken nicht mehr vorzuziehen sind. Die preussische Eisenbahnverwaltung arbeitet mit ihrem Sparten-System dem Partikularismus geradezu in die Arme; in Süddeutschland ist man nur gegen eine Eisenbahngemeinschaft, weil man eine Verperkung fürchtet. Leider hat man die in der Verfassung des Reichseisenbahnwesens bestehende Einigkeit, namentlich in Thüringen.

Abg. Vogelsang (Fr. W.): Ich glaube zu wissen, daß Minister v. Tzielen die Pflicht gehabt hat, bei den 45jährigen Mischfabriken nicht stehen zu bleiben, sondern eine allgemeine Ermäßigung der Personenzölle mit Aufhebung der Mischfabriken damit hat erleutet worden.

Der Etat wird schließlich genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des Etats der Verwaltung der Eisenbahnen.

Abg. Schumacher (nl.) führt aus, daß die Personentaxie die Verkehrsleistung nicht über den Maßstab für eine allgemeine Tarifherabsetzung nicht am Wege. Höchstens in der Nähe der großen Städte könnte man sie herabsetzen, um den Arbeitern einen Vorteil zu gewähren. Leider sei das Oberlohn im Gegenab zu Unterlohn und Lohnungen der Reichseisenbahnverwaltung sehr schlecht bezahlt worden. Der Minister hat sich zwar sehr bemüht, aber leider erwiesen. Der Reichsminister hat sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter als der Ordnung des Staates nicht erachtet.

Minister v. Tzielen erwidert, die Thatlage an sich ist richtig, das Oberlohn wegen der Eisenbahn-Verwaltung verhältnismäßig werde als Unterlohn und Lohnungen der Reichseisenbahnverwaltung sehr schlecht bezahlt worden. Der Minister hat sich zwar sehr bemüht, aber leider erwiesen. Der Reichsminister hat sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter als der Ordnung des Staates nicht erachtet.

Minister v. Tzielen erwidert, daß er die Komplexion nicht für praktisch halte, sie dienten nur dem Wohl der Arbeiter. Der Reichsminister hat sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter als der Ordnung des Staates nicht erachtet.

Abg. Franke (nl.) befragt über die Aufhebung der Lokomotivführer, Betriebsverkehrs- und Bahnenleiter. Der Herr Reichsminister, der die hervorragende Tat der 45jährigen Mischfabriken gemacht hat, ist einigermaßen beirrt durch die plötzliche Einführung der 1. W.-Gebühr für Betriebskraft nicht gebrauchter Mischfabriken. Am besten wäre es, wenn man die Mischfabriken überhaupt aufhebe, es inwiefern aber für jetzt Mischfabriken nicht mehr vorzuziehen sind. Die preussische Eisenbahnverwaltung arbeitet mit ihrem Sparten-System dem Partikularismus geradezu in die Arme; in Süddeutschland ist man nur gegen eine Eisenbahngemeinschaft, weil man eine Verperkung fürchtet. Leider hat man die in der Verfassung des Reichseisenbahnwesens bestehende Einigkeit, namentlich in Thüringen.

Der Etat wird endlich nach den Vorlägen der Budgetkommission genehmigt; die einzige Veränderung, die die Kommission vorgenommen hat, ist die Streichung einer Position von 300,000 M. zur Erweiterung des Reichseisenbahnwesens, 4. Rate.

Die Kommission hat ferner zwei Resolutionen angenommen, durch welche der Reichstag auszusprechen wird, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen, unter Entziehung der Angehörigen des Bundesrats von Sitz- und Stimmrecht sowie der betreffenden Gemeinden zu Vertragsbeziehungen, noch einzelner als bisher mit der Verwaltung der Reichseisenbahnen vereinbart werden, der Verwaltung der Eisenbahnen der Reichseisenbahnen eine Abzweigung von Betriebs- und Waldwirtschaft in Erwägung zu ziehen.

Die Resolutionen werden debattelos angenommen. Die Resolution ist die zweite Lesung des Etats der Reichseisenbahnen erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 1. März. Präsident Graf Bismarck schlägt als Tagesordnung vor: zweite Beratung des Etats der Zölle, der Zuckersteuer und der Eisensteuer.

Abg. Singer (Soz.) bittet, die Zölle von der Tagesordnung abzugeben. Dieser Antrag hängt mit der Finanzordnung des ganzen Etats zusammen, die Budgetkommission wird aber erst am Dienstag mit dem Etat fertig.

Abg. Hüsing (nl.) schlägt sich mit dem Antrag Singer an. Der Antrag Singer wird angenommen, die Zölle werden von der Tagesordnung abgelehnt. Schluß 9 1/2 Uhr.

Brennlicher Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenshaus.

37. Sitzung vom 28. Februar, 11 Uhr.

Am Mittertag: Frh. v. Rheinbaben, Frh. v. Hammerstein u. a.

Der Entwurf eines Gemeindefiskalgesetzes für die Provinz Sachsen ist dem Reichstag vorgelegt worden. Der Entwurf enthält 12 Millionen aus Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und von gering bedienten Staatsbeamten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Veranschlagung der Gehaltssätze mit befristeter Festsetzung der Gehaltsätze.

Der Gesetzentwurf wird auf Antrag des Abg. v. Heubrand (son.) in bloße Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Heberhebung von 10 Mill. Mark über die weitere Dotationsrenten an die Provinzialverbände zur Gleichstellung der Armenlosen und für Armen- und Legehennen.

In § 1, der die oben mitgetheilte Hauptbestimmung enthält, erwidert auf eine Anfrage des Abg. Frh. v. Nischolden (L.) Minister Frh. v. Hammerstein, daß es nicht in seiner Pflicht liegt, irgend welchen Verbindungen der Renten seitens der Provinzen entgegenzutreten, wenn man nur zugewandte im Rahmen des Gesetzes sich halten. Der Provinzialrat hat ein dieser Beziehung die größte Latente gelassen werden.

Abg. v. Pappenberg (L.) wünscht eine geistliche Regelung der Bestimmung der Verlegungssituationen, welche in diesem Entwurf nicht berücksichtigt sind.

Minister v. Hammerstein: Auch ich würde die große Bedeutung der Verlegungssituationen, namentlich wenn damit Arbeitsnachweise verbunden werden. Eine geistliche Regelung auf diesem Gebiete erachtet aber noch sehr schwierig. Die Angelegenheit ist jetzt noch nicht genügend geklärt, um jetzt schon mit einem bestimmten geistlichen Programm kommen zu können, nachdem man sich darüber nicht einig ist. Die Wünsche werden mir weiter durch kommen, daß da, wo Arbeiterbewegungen auf Arbeitsnachweise und Arbeitsstellen in vernünftiger Weise eingerichtet werden, eine geistliche Verleihung

der dadurch entstehenden Kosten auf die Provinz, Preße und Landtage durch gleich vorgezogene wird. Das ist aber nur meine persönliche Meinung.

Abg. v. Gneisen (nl.) hat noch manche Einwendungen gegen den Entwurf. Namentlich möchte er todeln, daß die westlichen Provinzen in der Frage durch den in ihr enthaltenen Verleihungsmodus sehr leidet.

Abg. v. Rheinbaben erklärt eine weitere Staatsdotierung für unzulässig. Er würde nicht in Aussicht gestellt werden, es sei eher nichts im Wege, daß die Provinzen die aus diesen Gesetzen ihnen nur zufließenden Mittel zum Teil für das Landesvermögen verwenden. Eine genaue Bestimmung der neuen Dotationen, wie sie im Gesetz vorgezogen sei, entsprechende durch den Grundbesitz der Mitglieder.

Nach kurzer weiterer Debatte wird § 1 angenommen. § 2 legt die Grundzüge der Verleihung fest. Die Verleihung soll erfolgen zu einem Drittel nach dem ungetheilten Verhältnis der Staatsrentenbesitzer, zu einem Drittel nach dem Verhältnis der kommunalen Ausgaben zu Staatsrentenbesitzern, zu einem Drittel nach der Zahl der Wahlberechtigten.

Abg. Gneisen (Fr. W.) bittet, den § 2 unverändert und den Rest des Gesetzes in bloße Debatte zu lassen.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs erledigt. Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Etats der Ministeriums des Innern.

Das Wort erhält zunächst zu einer Erklärung der Minister v. Gneisen (nl.). Gneisen (nl.) betont, dass er in die Wiederberufung des Etats des Ministeriums des Innern treten, habe ich ein Recht zu haben, welches ich unmissverständlich an einem Tage der bisherigen Beratungen begeben habe. Von Seiten der Familie des verstorbenen Herrn von Dies-Zabert wird mir ein Brief mitgeteilt, den derselbe am 28. Febr. 1897 im Wert Tagblatt veröffentlicht hat und in dem es in der Mitteilung seiner Rede, die er im März gehalten hat, heißt: „Der Ausdruck der Gemeingefährlichkeit rührt aus Hannover her und ist zuerst von Herrn von Bennigsen im Reichstage gebraucht worden, jetzt vom Minister von Hammerstein. Wenn diese beiden Herren damals nicht vorantraten, hätte ich nicht in der Gemeingefährlichkeit zurückgegangen, so könnte ich mich sonst genügen bleiben.“ Dies bezog ich also nur auf die beiden nicht auf die Minister. „An den mit bekannten Ausdrücken des Gneisen von Bennigsen, welchen er den Kommissaren des Reichseisenbahnwesens gegenüber fand, habe ich bei meinen Worten damals nicht verstanden kann.“

Schließlich, von diesem Brief keine Kenntnis gehabt zu haben, halte mich aber nun für verpflichtet, zu erklären, daß, wenn ich ihn gekannt hätte, ich natürlich die Rede über die Gemeingefährlichkeit in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Febr. abgelehnt hätte und die nach diesem Briefe ungeteilt war, hätte nicht haben würde. Ich würde mich die Gemeingefährlichkeit davon knüpfen, daß ich für die Folge Ausdrücke, wie die in meiner letzten Rede, überhaupt nicht mehr zu erwidern nötig habe. Ich hoffe, daß einzelne Mitglieder des Bundes der Landwirthe es verstehen werden, daß mit der Fortsetzung dieser Art der Agitation, mit welcher Bewegung der Reichseisenbahnen, daß ich das Zusammengehen von Landwirthe und Industrie, auf dessen Notwendigkeit mein Freund Bismarck damals in seiner Rede hingewiesen hat.

Es folgt dann eine längere Debatte über das Berliner Verzeichnis. Zum Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ liegt der Antrag der Abg. Tamm (nl.) und Dr. Brückner (nl.) vor.

Die Regierung zu erwidern, bei der Errichtung einer künftigen Polizeiverwaltung in den drei Städten Saarbrücken, St. Johann und Wallfahrts-Burkhard Beacht zu nehmen, daß die Stadtverwaltungen die Hauptrolle, insbesondere die Straßenbahnverwaltungen, einschließlich der Geschäftsbetriebsbedürfnisse, beizuliegen werde.

Der Antrag wird, nachdem der Rest des Gesetzes einschließlich der Polizeiverwaltungsgesetze, fallen gelassen. Die Debatte gegen die Entzifferung der Konferenzkommission angenommen. Beim Kapitel Polizei-Direktionskommissare in der Provinz Polen kommt.

Abg. v. Rheinbaben (nl.) bittet, daß diesen Beamten das Recht zum Krieg ertheilt werde. Ihre soziale Lage muß geboten werden, daß sie in dem Reichstag nicht zu einem anderen da an die Worte des Reichspräsidenten, daß die Beamten im Osten eine besonders ehrenvolle und schwierige Stellung haben.

Minister Frh. v. Hammerstein: Ich erlaube gerne an, daß die Stellung dieser Beamten vielerlei Beschwerden und Unannehmlichkeiten mit sich bringt, und daß sie nicht weniger gewährt wird, nur färglich ist. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, um gegen den Wunsch des Vorredners den diesen Beamten zugebunden Erhöhungen entgegenzutreten, so geschieht das nicht aus Mißwillen, sondern umgekehrt, um nicht eine Entschärfung heranzuführen. Die Regierung hat erst vor wenigen Tagen die Beamten dieser Provinz, die Beamten der Provinz Sachsen das Recht zum Krieg ertheilt, sie hat im vorigen Jahr begonnen, den Beamten, die keine besseren Wohnungen bekommen können, solche Wohnungen zu erwerben. Das geht es nicht an, jetzt mit neuen Forderungen vorzugehen. Man muß auch daran festhalten, daß die Beamten unter dem Landbesitz stehen, und daß diese die Verheilung der Gebirge bezuschuligen haben. Es kann ja dabei vorkommen, daß der Beamte, der sehr viel zu thun hat, verhältnismäßig weniger bekommt als der andere, dessen Geschäfte nicht so umfangreich sind. Um das auszugleichen, sieht man ein Fonds von 30,000 Mark zur Verfügung. Keine Klasse der Beamten ist seiner Zeit nicht mit Unterhaltungen bedacht worden als diese Stellen. Aus dem allgemeinen Fonds für größere Reamennationen für Polizeibeamte von 65,000 M. haben diese Beamten allein ein Drittel bekommen. So werde diesen Beamtenkreisen dasselbe Wohlwollen wie mein Landsvater gegenüber bewiesen und werde dafür sorgen, daß der Teil im Extrabudget für sie auch im nächsten Jahre eingehellt wird. Nachdem die Beamtenverleihung abgeschlossen sind, können wir nicht durch Veranschlagung einer einzelnen Beamtenklasse wieder Veranschlagung in die Beamten hineintragen. Was sie bekommen können, sollen sie mit größtem Wohlwollen auch haben.

Abg. Sander (Fr. W.) hält es für notwendig, daß die Landesbeamten angeordnet werden, den Direktionskommissaren nicht alle Rechte auszubehalten, die sie selbst in ihren Bezirken ausüben können; auch müßte in den Bezirken der Direktionskommissare im Interesse des Publikums stets ein fest angestellter Beamter anwesend sein.

Abg. v. Sander (nl.) bittet, daß die Stellung der Beamten in den letzten Jahren bereinigt werden habe, hält aber eine weitere Aufhebung dieser Beamtenkategorie für notwendig.

Geb. Rath Wandhoff hält die Beschwerden über die Lage der Direktionskommissare für unbegründet.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch: Sonnabend 11 Uhr (Gesetz betr. Erwerb von Verwertungseigentum in zweiter Lesung, erster Etat der direkten Steuern, der Lotterieverordnung und Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Der indonesische Krieg.

Am englischen Unterhaus wurde gestern ein Telegramm bekannt gegeben, worin Ritcher die zwei Tage währenden englischen Operationen beschreibt...

Frankreich.

Der Kanal zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer, dessen Bau seit einigen Jahren studiert wird, ist vom französischen Reich endgültig gutgeschrieben worden.

Holland.

Die von der englischen Regierung immer wieder aufgeführte Nachricht, die junge Königin sei schwer krank, wird neuerdings offiziell benachrichtigt.

Wienschaft. Ann. Vierteren.

Am Donnerstag, den 6. März, findet in der Morgenstunden eine Konferenz der Wissenschaftler statt.

20. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

6. Plenarsitzung vom 28. Februar, vormittags 10 Uhr. Vorsitzender Graf v. Bismarck...

die Wasserleitung der Provinzialanstalt (Wiesleben und endlich) die der Hauptverwaltung in den Rechnungsjahren 1899/1900 und 1901 vorzunehmenden Ersatzarbeiten...

Provinzialnachrichten.

o Köpenick, 28. Febr. [Bürgerausflug]. Gestern Abend wurde im Gasthof zum 'Schwarzen Adler' bei wiederum sehr gut besetzten Tische...

geschick an der Kaiserkrone. Als er vom Kaiser Beizig herankommen sollte, verdrückte er beim Abgehen etwas davon...

Vermischtes.

In der Gremienarbeit. Auf einem Berliner Kreisungstag ist ein Bericht über die letzten Abrechnungen übergeben worden...

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, dem 'Wendisch. Anz.' zufolge, in der Gegend von Wismar...

Letzte Telegramme.

Berlin, 1. März. Auf der städtischen Gesandtschaft in der Danziger Straße wurden gestern vier Arbeiter beim Abbruch eines Fensters verletzt...

Ein großer Gelocher kam heute hier an Arbeiter in einem Arbeit...

Wetters-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

- 2 März: Wolfig, Niederdrück, Sturmwarnung. Normaltemperatur.
3 März: Wetter wärmer, nachts fast. Start windig. Wolfig, Niederdrück.
4 März: Wolfig, theils besser. Stetig mild.

Wetterologische Station zu Götze.

Table with weather data for Götze station, including barometer, thermometer, wind, and precipitation readings.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die gestern abgehaltene Gläubiger-Versammlung der Leipziger Bank überließ die Verwertung des neuen Bankgebäudes dem freien Ermessen des Konkursverwalters...

Haare, 23. Febr. (Schlusskurse). (Bericht der Hamburger Firmen...
Petroleum.
Hamburg, 23. Febr. Petroleum steigt. Standard white loco 6,70 Br.

Northseaen, 23. Febr. Braunkohle 45 % Vol. für 130 kg ohne Feinst...
Hamburg, 23. Febr. Spiritus still, Febr.-März 14-19 G.

New York, 23. Febr. [Telegr.] Schmalz Western steam 9,70 (9,65), do. Robe and Brothers 9,75 (9,70).
Chicago, 23. Febr. [Telegr.] Schmalz Febr. 9,20 (9,17), Mai 9,27 1/2 (9,30), Juli 9,32 1/2 (9,35).

Berliner Börse vom 23. Februar. (Erklärung zu den telegr. Mitteilungen im gest. Abendblatt.)

Bank-Disconto. Berlin Wechsel 3, Lomb. 4, Amsterdam 4, Wien 2 1/2, Paris 3 1/2, London 3, Paris 3 1/2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap. Harmer Stadtrente 3/4 98,40, Preuss. Staats-Obl. 3/4 99,20, Magdeburger St. Anl. 3/4 99,20.

Ausländische Fonds. Argentin-Gold-Anl. 5% 4/4 71,20, Belg. 100 Lire-Lose 4/4 92,00, Brasil-Stadt-Anl. 1884 4/4 92,20.

Industrie-Aktien. A.-G. F. Amalirbau 15 242,30, Adminalgeräten B.A. 15 69,50, Annaburger Steingut 10 150,00, Arachides 12 168,00.

Leipziger Börse, 23. Februar. 3 Siebz. Rent.-Anl. 100,00, 4 1000, 91,00, 5 500, 91,00.

Wassersstände (-) bedeutet über, + unter Null. Saale und Unstrut.
Artern, Brückenpforte 27. Febr. + 0,93 (8. Febr. + 0,94)
Weissenfels, Oberpegel + 2,46 (+ 2,50)
Weissenfels, Unterpegel + 1,19 (+ 1,25)

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatt. Moldau, Isar. Eger. Elbe.
Hautweis + 37, + 0,29, 1 Torgau + 23, + 1,16
Preg. + 0,26, 3 - 1 Wittenberg + 1,99, 6 -

Deutsche Eisen- u. Prioren-Oblig. Hartm.-Gruha. 3/4 102,00, do. VII. VIII. 1904 4/4 102,00, do. VIII. IX. 1905 4/4 102,00.

Eisenb.-Pr.-Obligations. Ital. Ein.-Obl. St. Gar. 3 64,75, do. Mittelmeer. 4/4 99,00, do. Mittelmeer. 4/4 99,00.

Bank-Aktien. Bank d. Berl. Kassenv. 8/12 188,50, Reichsbank 8/12 188,50, Dresdener Bank 8/12 188,50.

Leipziger Börse, 23. Februar. Div. Eisenb.-Stamm-Akt. 15 Ausg. Tepl. 100,00, 16 74,00, 17 100,00.

Industrie-Papiere. 4 Chemn. Werke (Zim) 111,00, 15 Croll. Papierfabr. 100,00, 16 Dornier-Rattm-St. 65,00.

Leipziger Börse, 23. Februar. Div. Eisenb.-St.-P.-Akt. 15 Ausg. Tepl. 100,00, 16 74,00, 17 100,00.

Leipziger Börse, 23. Februar. Div. Eisenb.-St.-P.-Akt. 15 Ausg. Tepl. 100,00, 16 74,00, 17 100,00.